



Mi, 10.12.2008

RSS Feed

Login

Schriftgröße

ARTIKEL

PROGRAMM
GRÜNE THEMENBUNDESLÄNDER
BILDUNGSWERKSTATTBLOGPORTAL
MITMACHEN

Partei

Parlament

Europa



Neue NR-Abgeordnete



Suchen

Diese Seite ausdrucken

Diese Seite weiterversenden

GF BUNDESSPRECHERIN UND
KLUBBOBFRAU

09.12.2008 12:04

Vor Nationalrat: Kritik an geplanter Spendenabsetzbarkeit

Die Grünen fordern vor der Nationalratssitzung am Mittwoch mehr "Opferschutz" bei der Finanzkrise, einen härteren Kurs der Regierung beim Klimaschutz und eine NGO-freundliche Regelung bei der Spendenabsetzbarkeit.

Bundessprecherin Eva Glawischnig erwartet von Kanzler Werner Faymann eine klare Festlegung gegen das Verschenken von Verschmutzungsrechten an die Industrie und für CO₂-Obergrenzen für Autos.

Mehr "Opferschutz" bei der Finanzkrise

Sicherheitssprecher Peter Pilz verlangte bei der gemeinsamen Pressekonferenz am Dienstag mehr "Opferschutz" in der Finanzkrise.

"Wir wollen, dass es Schutz nicht nur für die Täter, sondern auch für die Opfer gibt", sagte Pilz mit Blick auf das Bankenhilfspaket der Regierung. Er fordert daher strengere Auflagen für die Banken: Das Verbot der Zwangsumstellung von Fremdwährungskrediten auf Euro, den Verzicht auf Gebühren bei der freiwilligen Umstellung und den Verzicht auf die Nachforderung zusätzlicher Sicherheiten, wenn die Tilgungsträger für die Kredite in Folge der Finanzkrise eingebrochen sind. Schließlich hätten die Banken den Kunden die "ruinösen Tilgungsträger" vielfach "aufgeschwätzt".

Verbieten möchte Pilz auch "pyramidenspielartige Vertriebssysteme" für Finanzdienstleistungen (als Beispiel nannte er AWD) und den Beruf des Finanzdienstleistungs-AssistentInnen ("vollkommen unqualifizierte Keiler") ohne Ausbildung. Reformen fordert Pilz auch bei der staatlich geförderten Privatpension ("Zukunftsvorsorge"), ein von SPÖ und ÖVP im Finanzausschuss am Dienstag diskutierter Entwurf geht im aber zu wenig weit: Dieser sieht die Senkung des verpflichtenden Aktienanteils von 40 Prozent auf 20 bis 40 Prozent vor. Die Bestimmung, wonach es sich de facto um österreichische Aktien handeln muss (womit die Versicherten zur Förderung der Wiener Börse verpflichtet werden), soll jedoch bleiben.

Einbringen möchte Pilz die Reformvorschläge der Grünen bei der Nationalratssitzung am Mittwoch.

Härtere Klimaschutzziele

Glawischnig fordert bei dieser Gelegenheit auch eine klare Festlegung von Kanzler Faymann auf harte Klimaschutzziele. Faymann wird am Donnerstag und Freitag beim Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Brüssel über den Klimaschutz verhandeln. Glawischnig fordert u.a., dass Verschmutzungsrechte an die Industrie nicht verschenkt, sondern versteigert werden. Österreich dürfe nicht länger aufseiten der "Zukunftszerstörer" stehen.

Spendenabsetzbarkeit nicht auf Armutsbekämpfung beschränken

Scharfe Kritik übt die Grünen-Chefin am Plan, die geplante Spendenabsetzbarkeit auf Zwecke der Armutsbekämpfung zu beschränken. Davon könnten streng genommen auch "Licht ins Dunkel" und die Caritas nicht profitieren, weil dort nicht nur Armutsbekämpfung sondern z.B. auch Behindertenhilfe betrieben werde. Außerdem würden - entgegen den bisherigen Plänen - Tier- und Umweltschutz-Organisationen ausgeschlossen. "Die ausschließliche Konzentration auf die Armutsbekämpfung muss auf jeden Fall fallen", fordert Glawischnig und will am Mittwoch einen entsprechenden im Ausschuss liegenden Antrag aktivieren.

Zurück zur Liste RSS-Feed

Zum Seitenanfang

IHR BEITRAG ALS SPENDE!

Teilprogramme



Eva Glawischnig

Alle Artikel
 Zur Biographie
eva.glawischnig@g...